Bei real stagnierenden Grundmitteln, sind die Universitäten, um überhaupt noch Forschung betreiben zu können, mehr und mehr auf die Einwerbung von Drittmitteln angewiesen. Der Wettbewerb um Drittmittel wurde geradezu zum Steuerungsinstrument der Universitätsforschung. Das Grundecht der Wissenschaftsfreiheit für den einzelnen Hochschulwissenschaftler wird dadurch eingeschränkt und die Idee der Universität als ein von Fremdbestimmung, von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen oder von politischen Zweckmäßigkeitsvorstellungen freier Ort der Wissenschaft wird zunehmend korrumpiert. Von **Wolfgang Lieb**.

Drittmittel sind Mittel, die von Hochschulwissenschaftlern zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt (Grundausstattung) von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden.

Laut einer Mitteilung des Statistischen Bundesamt von Ende November 2014 warb im Jahre 2012 ein/e Professor/in (die Medizin nicht eingerechnet) im Durchschnitt Drittmittel von 243.700 Euro ein. (Das ist ein Plus von 4,9% gegenüber 2011.) Wie so häufig sagt dieser Durchschnittswert aber relativ wenig aus. In den Ingenieurwissenschaften wirbt ein/e Professor/in durchschnittlich 604.100 Euro, in der Medizin sind es 555.000 Euro, bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 113.000 Euro im Durchschnitt und in den Sprach- und Kulturwissenschaften lag der Durchschnittsbetrag bei 109.100 Euro.

Bei der Drittmitteleinwerbung gibt es große Unterschiede zwischen den Universitäten; besonders viel werben die Technischen Hochschulen ein: An der RWTH Aachen hat jede/r Professor/in durchschnittlich 790.800 Euro eingeworben, an der TU Chemnitz war es nur etwas mehr als die Hälfte, nämlich 426.400 Euro.

Insgesamt warben die Universitäten (einschließlich der Medizin) 6,3 Milliarden Euro an Drittmitteln ein (Es gibt allerdings Schätzungen, die von weit höheren Beträgen ausgehen.) Die öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben (also die Grundmittel) der Hochschulen lagen 2012 bei 14,3 Milliarden Euro[*].

(Die gesamten öffentliche Ausgaben für Hochschulen und andere tertiäre Bildungsgänge (z.B. Fachschulen) betrugen 34,6 Milliarden Euro (Bildungsfinanzbericht 2014)

Die öffentlichen Grundmittel für Forschung und Entwicklung sind zwar unter den Ländern unterschiedlich hoch, insgesamt haben sich die Grundmitteleinnahmen der Hochschulen zwischen 1998 und 2010 (real) kaum gesteigert, nämlich von 12,6 auf 15,5 Milliarden Euro*. Der Anteil der Forschungsausgaben für die Hochschulen lag laut Statistischem

Bundesamt 2011/12 bei 0,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber einem Anteil von 0,4% im Jahre 1995 (Bildungsausgaben Tabelle 3)

Die von den Hochschulen eingeworbenen Drittmittel stiegen hingegen im selben Zeitraum dagegen nominal um mehr als 100 Prozent von 2,5 auf über 5,3 Milliarden Euro an. Damit hat sich die „Drittmittelquote“, also der Anteil der Drittmittel an der Gesamtfinanzierung der Hochschulen und ihrer Forschungen, in nur gut einem Jahrzehnt von 16 auf 26 Prozent erhöht.

Der Anteil der Drittmittel an den Forschungsausgaben ist an den Hochschulen sehr unterschiedlich: er liegt bei den technischen Hochschulen mit einem hohen Anteil an mathematisch-naturwissenschaftlichen oder ingenieurwissenschaftlichen Fächern deutlich höher als an klassischen Universitäten, bei der RWTH Aachen liegt dieser Anteil z.B. bei über 40%.

2011 waren an deutschen Hochschulen 26 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, umgerechnet in Vollzeitbeschäftigte, durch Drittmittel finanziert. Bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lag der Anteil an drittmittelfinanziertem Personal sogar bei 38%.

Etwa jeder dritte Euro der Drittmitteleinnahmen kam von der (staatlich finanzierten) Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Jeder fünfte Euro von der gewerblichen Wirtschaft.

Wer hat Interesse an einer Steigerung des Drittmittelanteils an der Hochschulforschung?

Interesse an einer Steigerung der Drittmittel haben natürlich in erster Linie die Hochschulforscher, sie erweitern damit ihre Forschungsbudgets über die Grundfinanzierung hinaus, können zusätzliches wissenschaftliches Personal (auf Zeit) einstellen und steigern damit ihr Forschungsrenommee.

In zweiter Linie hat aber auch die Hochschule als Institution Interesse an hohen Drittmitteleinnahmen: In den meisten Ländern gibt es eine sog. leistungsorientierte Mittelvergabe an die Hochschulen und dabei ist die Einwerbung von Drittmitteln eines der wichtigsten (Leistungs-)Kriterien. Auch bei der Exzellenzinitiative war die Einwerbung von Drittmitteln von maßgeblicher Bedeutung.

Eine entscheidende Rolle spielen aber politische Interessen:

Hochschulen werden im Wesentlichen von den Ländern finanziert und nahezu alle Länder sind verschuldet. Da ist man froh wenn man zusätzliche Forschungsmittel für die Hochschulen von der DFG einwerben kann, die zu 58% vom Bund finanziert wird.

Und natürlich sind auch private Fördermittel aus der Wirtschaft oder von Stiftungen höchst willkommen – Tendenz steigend.

Die wettbewerbliche Einwerbung von Forschungsmitteln entspricht dem Leitbild für die Hochschulreformen seit der Jahrhundertwende. Das Paradigma der „entfesselten" bzw. der „unternehmerischen" Hochschulen hat sich weitgehend durchgesetzt. Das heißt, die Hochschulforschung soll durch die anonymen Zwänge des Wettbewerbs um Drittmittel gesteuert werden.

Deshalb wurde sogar die staatliche Grundfinanzierung der Hochschulen in vielen Ländern „leistungsorientiert" an die „Erfolge" bei der Einwerbung von Drittmitteln gekoppelt.

Welche Probleme bringt die Abhängigkeit von Drittmitteln mit sich?

Drittmittel sorgen nicht mehr dafür, dass die Hochschulforscher zusätzliches Geld für die Forschung ausgeben können, wie das früher einmal der Fall war, sie werden mehr und mehr zur Grundbedingung für Forschung überhaupt. Weite Bereiche der Forschung könnten ohne Drittmittel gar nicht mehr durchgeführt werden, weil die Grundfinanzierung der Forschung seit Jahren stagniert.

Es besteht die Gefahr, dass das Individualrecht der Wissenschaftsfreiheit, das jedem Hochschulwissenschaftler vom Grundgesetz garantiert wird, ausgehöhlt wird und das individuelle Erkenntnisinteresse und damit auch die Forschungsentwicklung insgesamt vom Wettbewerb um die Einwerbung von Drittmitteln gesteuert wird.

Was bei der einseitigen Betonung der „Wettbewerbsfähigkeit" auf dem Feld der Einwerbung von Drittmitteln darüber hinaus übersehen und vernachlässigt wird, ist die Tatsache, dass die Lehre gegenüber der Forschung an Boden verliert. Um mehr Drittmittel einzuwerben, werden z.B. bei Berufungs- und Bleibeverhandlungen immer häufiger deutliche Reduzierungen bei den Lehrdeputaten gewährt.

Bei der Vergabe von öffentlichen Forschungsdrittmitteln etwa durch die DFG, bei der immerhin noch Wissenschaftler über die eingereichten Forschungsanträge entscheiden, besteht die Gefahr, dass sozusagen ein Old-Boys-Network, also etablierte Professoren vor allem die Mainstream-Forschung fördern und innovative Ansätze vernachlässigt werden.

Es wäre doch eher verwunderlich, wenn die Wirtschaft nicht dazu neigte, die mit Steuergeldern grundfinanzierten Hochschulen als verlängerte wissenschaftliche Werkbänke zu nutzen. Sie sehen wie es z.B. in einem offenen Brief der NRW-Hochschulratsvorsitzenden heißt im „Schulterschluss der Hochschulen mit Industrie und Wirtschaft einen wesentlichen Baustein für wirtschaftlichen Erfolg".

Die nach wie vor überwiegend öffentlich finanzierten Hochschulen geraten unter das Diktat einseitiger externen Verwertungsinteressen. Dieser grundlegende institutionelle Wandel bedroht die innere akademische Freiheit und unterwirft Bildung und Wissenstransfer äußeren Zwecken.

Das Konzept der wettbewerbsgesteuerten Hochschule, also das Regime von McKinsey und Co widerspricht den „professionskulturellen" Voraussetzungen einer freien Wissenschaft und beeinträchtigt die Innovationsfähigkeit der Hochschulforschung. Denn Innovationen entstehen innerhalb der Universität als Ergebnis weitgehend ungeplanter Prozesse in Nischen, die sich einer direkten Kontrolle entzögen. Sie beruhen auf kollektivem Lernen, setzten Vertrauen und gegenseitige Anerkennung vor. Durch strikte Effizienzorientierung geraten gerade jene assoziativen Arbeitsformen, Freiräume und Vertrauensbeziehungen unter Druck, die eine zentrale Bedingung für Innovationen sind.

Wie macht sich die Abhängigkeit von Geldgebern bemerkbar?

Den Verdacht der Abhängigkeit schürt die Wirtschaft selbst, indem sie sich gegen die Transparenz von Kooperationsvereinbarungen (wie etwa zwischen der Bayer AG und der Universität Köln) oder von Forschungsaufträgen und Auftraggebern wehren. Transparenz und Autonomie bzw. Forschungsfreiheit sind jedoch die beiden Seiten einer Medaille.

Es darf nicht sein: dass Pharmafirmen die Agenda staatlicher Hochschulen bestimmen. Und dass sie dies im Verborgenen tun.
Das widerspricht der grundgesetzlichen Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre.

Wie massiv gegen Transparenz der Forschung gekämpft wird, konnte man bei der Verabschiedung des Hochschulzukunftsgesetzes in NRW in diesem Jahr beobachten. Da drohten Industrie- und Handelskammer und Arbeitgeberverbände offen mit dem Abzug und der Abwanderung von Forschungsmitteln aus der Wirtschaft von NRW-Hochschulen.

Transparency International zählt von Jahr zu Jahr mehr dubiose Sponsoring-Fälle. Hörsäle heißen Aldi-Süd, die Deutsche Bank hat einen Platz in einer Berufungskommission, die BAYER AG schließt einen geheimen Kooperationsvertrag mit der Uni Köln in angeblich

sechsstelliger Höhe. FU Berlin und die LMU München schlossen Kooperationsverträge mit Sanofi-Aventis.
Das Darmstädter Pharmaunternehmen Merck bezuschusst Projekte der Mainzer Uni.
Gerade Medizin-Professoren werden von der Pharmaindustrie gezielt umworben. Honorare für Studien oder Vorträge sind dabei nur Kleinigkeiten. Das größte Problem sind die Studien, die von der Industrie finanziert werden. Selbst die Weltgesundheitsorganisation beobachtet die Verquickung zwischen Forschung und Industrie mit Sorge.

Berliner Unis ließen sich ein Institut von der Deutschen Bank bezahlen. In einem Geheimvertrag wurde den Bankern viel Mitsprache eingeräumt: bei Lehre, Forschung und Personal. Im Grunde verpflichteten sich die Universitäten, dass sie beim gemeinsamen Forschungsinstitut so gut wie nichts entscheiden dürfen, ohne dass die Deutsche Bank zustimmt. Die Besetzung der Professorenstellen erfolgte im Einvernehmen. Die Deutsche Bank durfte bestimmen, welche Forschungsergebnisse und wann diese veröffentlicht werden dürfen.

Das Energiewirtschaftliche Institut der Uni Köln hat von E.on und RWE in den letzten 5 Jahren einen zweistelligen Millionenbetrag bekommen (23 Mio. Euro)
Das E.on-Energy Research-Center in Aachen in 20 Jahren 40 Mio Euro.

Jedes Jahr fließen etwa 8 Millionen aus dem deutschen Verteidigungsetat als Forschungsmittel an die Hochschulen. Aus dem Verteidigungsetat der USA allein flossen seit 2003 etwa 10,6 Millionen Euro an Drittmitteln.

Ein Musterbeispiel wie Hochschulwissenschaft und Wirtschaftsinteressen miteinander vermengt werden ist der Freiburger Finanzwirtschaftler Prof. Bernd Raffelhüschen.

Er war einer der wissenschaftlichen Hauptförderer der Zerstörung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente zugunsten einer kapitalgedeckten Rente, also der späteren Riester- bzw. Rürup-Rente.
Die staatlich geförderte Riesterrente war eine Ölquelle für die Versicherungswirtschaft. Raffelhüschen hat nicht nur viele Forschungsaufträge von der Versicherungswirtschaft bekommen, sein Institut wurde kofinanziert z.B. durch HDI Gerling Pensionsmanagement AG, die INSM, die Süddeutsche Krankenversicherung, die Union Asset Management Holding AG sowie dem Verband der privaten Krankenversicherung e. V. Er saß im Aufsichtsrat der ERGO Versicherungsgruppe, war wissenschaftlicher Berater für die Victoria Versicherungs AG

Er ist außerdem Mitglied des Vorstands der neoliberalen Stiftung Marktwirtschaft, wo er

seit 2006 regelmäßig die „Generationenbilanz“ herausbringt. Ideologisches Ziel ist es von der Umverteilung von unten nach oben abzulenken und soziale Ungleichheit zu einem Kampf zwischen den Generationen umzudeuten.
Darüber hinaus ist er als Botschafter der arbeitgeberfinanzierten PR-Organisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ tätig. Raffelhüschen ist Beiratsmitglied der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Raffelhüschen betätigt sich auch als Vortragsreisender für die private Versicherungswirtschaft, beispielsweise mit 40 Veranstaltungen der Heidelberger MLP AG im Jahre 2004 und weiteren im Jahre 2005.

Stiftungsprofessuren

Auch die sog. Stiftungsprofessuren sind ein effektives Mittel zur Einflussnahme auf die Entwicklung der Hochschulforschung.

Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft schätzt, dass bereits 1000 Lehrstühle von Finanziers mit Eigeninteressen gefördert oder komplett finanziert werden.

> *„Es ist ein offenes Geheimnis, dass bei Stiftungsprofessuren gekungelt wird. Wenn Firmen Universitäten Millionen spenden, wollen sie gern vorher wissen, welcher Wissenschaftler auf den von ihnen bezahlten Posten berufen wird. Sie wollen darauf Einfluss ausüben, in welche Richtung geforscht wird und wie sich die Ergebnisse nutzen lassen. Besonders anfällig sind Fächer, in denen die Forschung teuer ist, Medizin etwa oder Pharmazie. Aber meist sind solche Absprachen informell; es wird kein Vertrag darüber abgeschlossen, der beide Seiten nicht gut aussehen lässt.“*

Stiftungsprofessuren werden üblicherweise für spezielle Fachgebiete ausgeschrieben, für die die Hochschulen angesichts knapper Stellen, keine Lehr- oder Forschungspriorität setzen können. Und sie werden umgekehrt wiederum von Stiftern gesponsert, die auf einem Wissensgebiet ein spezielles Interesse haben.

Praktisch bedeutet das, dass private Wissenschaftsinteressen in die öffentlichen Hochschulen hineingetragen werden, die ansonsten für die Scientific Community in den jeweiligen Fachbereichen nicht so wichtig erachtet wurden, dass dafür eine neue Professur eingerichtet oder eine Stelle aus einem anderen Fachgebiet umgewidmet worden wären.

Mit den Stiftungsprofessuren findet in den jeweiligen Fächern eine „Profilbildung“ bzw. eine fachliche Schwerpunktbildung statt, die über den gesamten Fachbereich ausstrahlt,

zumal die berufenen Stiftungsprofessoren wiederum auch ein Mitspracherecht über die künftige fachliche Weiterentwicklung haben.

Mit dem zu berufenden Wissenschaftler können die Stifter auch die wissenschaftlichen Fragestellungen und die Zielrichtung dieser Professur bestimmen. Im Regelfall geht damit einher, dass die Berufenen mit ihrem Forschungsgebiet und mit ihrer Lehre auch die Erkenntnisvorstellungen, um nicht zu sagen die Interessen ihrer Stifter vertreten. Und so gewinnen diese privaten Interessen auch Einfluss auf die jeweiligen Fächer.

Das Wichtigste aber ist: Der Begriff „Stiftungsprofessur" ist in aller Regel eher beschönigend bzw. verdeckend. Denn in aller Regel ist die Dauer der Finanzierung durch den „Stifter" auf 3 oder maximal 5 Jahre begrenzt. Danach muss in den meisten Fällen die Hochschule diese Professur aus eigenen Mitteln fördern und das heißt fast immer, dass eine andere Professur „umgewidmet" werden muss. Das hat in der Vergangenheit vor allem die Geisteswissenschaften getroffen.

Vor einigen Jahren hatte ich mir einmal die Mühe gemacht die Stiftungsprofessuren und die Stiftungsgastprofessuren an der Johann-Wolfgang-Goethe Uni in Frankfurt herauszusuchen. 2007 hatte diese Uni 500 Professorinnen und Professoren, 23 Stiftungsprofessoren 14 Stiftungsgastprofessoren.
Darunter z.B.

- Stiftungsprofessur für Wirtschaftsrecht/Law & Finance von der **Dresdner Bank**
- Stiftungsprofessur des **Bundesverbandes Deutscher Investment- und Vermögensverwaltungsgesellschaften (BVI)** für Betriebswirtschaftslehre, inbesondere Investment, Portfolio-Management und Alterssicherung
- Volkswirtschaftslehre, inbesondere Monetäre Ökonomie der Stiftung Geld und Währung
- **Sitftungsprofessuren der DekaBank und der Helaba** etc.etc.

[«*] die gegenüber der Erhebung des Statistischen Bundesamtes höheren Werte sind dem „Förderatlas 2012" entnommen, den die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und dem Stifterverband für die

Deutsche Wissenschaft 2012 herausgegeben hat
Siehe wieder andere Zahlen in Forschungs & Lehre. Übereinstimmend sind jedoch die Trends.